

Gemeinden sollen Baugenossenschaften fördern NZZ 3.3.15

Zürcher Kantonsrat lehnt Initiative für kantonalen Fonds deutlich ab, stellt sich aber hinter Gegenvorschlag

Der Kantonsrat sieht es nicht als Aufgabe des Kantons an, für mehr preisgünstige Wohnungen zu sorgen. Dafür erhalten die Gemeinden die Möglichkeit, Fonds zu errichten, mit denen der gemeinnützige Wohnungsbau unterstützt werden kann.

Adi Kälin

Die Volksinitiative «Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich», die vom Verband Wohnbaugenossenschaften Zürich lanciert worden war, hatte am Montag im Kantonsrat keine Chance. Die breite Unterstützung, die sie bei der Lancierung noch genossen hatte, ist in den letzten Monaten allmählich zerbröckelt. EVP, CVP und BDP sind auf den vom Regierungsrat lancierten Gegenvorschlag umgeschwenkt, womit nur noch Linke und Grüne hinter der Forderung standen, einen kantonalen Fonds zur Unterstützung von Genos-

schaften zu errichten. Mit dem Geld hätten Darlehen für den Bau günstiger Wohnungen gesprochen werden sollen. Zudem verlangte die Initiative, dass der Kanton geeignetes Land für den Bau entsprechender Wohnungen zur Verfügung stellen solle. Gemeinden hätten bei kantonalem Bauland zudem ein Vorkaufsrecht erhalten.

«Schritt in richtige Richtung»

Im Gegenvorschlag sind all diese kantonalen Fördermassnahmen gestrichen. Der Kanton wird sich also weiterhin auf seine angestammte Wohnbauförderung beschränken, die vor allem Leuten mit tieferen Einkommen zugutekommt. Dafür sollen die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, eigene Fonds zur Unterstützung des preisgünstigen Wohnungsbaus zu errichten. Mit diesen Geldern sollen der Erwerb von Grundstücken, der Kauf oder der Bau von Wohnungen gefördert werden.

Die Initiative ist im Kantonsrat mit 109 zu 55 Stimmen abgelehnt, der

Gegenvorschlag hingegen mit 155 zu 5 Stimmen sehr deutlich unterstützt worden. Das Initiativkomitee um den Verband der Wohnbaugenossenschaften Zürich bedauert zum einen die Ablehnung der Initiative, freut sich zum andern aber über die klare Unterstützung des Gegenvorschlags, wie einer Pressemitteilung zu entnehmen ist. Dass Gemeinden Fonds zur Unterstützung von preisgünstigen Wohnungen schaffen könnten, sei ein Schritt in die richtige Richtung. Zumikon und Wädenswil hatten dies schon vor Jahren tun wollen, waren aber vom Bezirksrat gebremst worden, weil die entsprechende gesetzliche Basis dafür fehle.

Mehr Mittel für Gemeinden

Das Initiativkomitee wird deshalb die Initiative zurückziehen – unter dem Vorbehalt, dass der vom Kantonsrat beschlossene Gegenvorschlag auch tatsächlich in Kraft tritt, wie SP-Nationalrat Thomas Hardegger, der Vizepräsident der Wohnbaugenossenschaften

Zürich, auf Anfrage erklärt. Dies ist der Fall, wenn kein Referendum gegen den Beschluss des Kantonsrats ergriffen wird. Eine Volksabstimmung findet dann nicht mehr statt. Hardegger erinnert jedoch daran, dass der in der Verfassung des Kantons verankerte Grundsatz, wonach der Kanton sich um die Bereitstellung von günstigem Wohnraum kümmern müsse, noch lange nicht erfüllt sei. Es ist deshalb anzunehmen, dass die Wohnbaugenossenschaften über kurz oder lang mit neuen Forderungen auftreten werden.

Im letzten Herbst hatten die Stimmberechtigten des Kantons Zürich den Gegenvorschlag zu einer SP-Initiative deutlich angenommen, bei dem es ebenfalls um die Förderung preisgünstigen Wohnraums ging. Gemeinden soll es demnach künftig möglich sein, bei Auf- oder Einzonungen einen Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen zu verfügen. 58,4 Prozent der Stimmenden sagten Ja zur Vorlage, in der Stadt Zürich betrug der Ja-Stimmen-Anteil sogar 72,4 Prozent.